



i Klassische Rollenaufteilung im Trend

ZÜRICH. Eine im Oktober 2016 publizierte Umfrage des Instituts Sotomo bei 22'000 Schweizerinnen und Schweizern zeigt: Kommt ein Kind zur Welt, findet bei den Paaren eine stärkere Rollenaufteilung statt: Der Vater arbeitet zu 87 Prozent Vollzeit, die Mutter schaut zu den Kindern und arbeitet nur in 20 Prozent der Fällen Vollzeit. Der geringe Anteil Teilzeitväter ist feministisch orientierten Männern ein Dorn im Auge. Markus Theunert vom Verein „männer.ch“ redet abwertend von einem „Rückfall“ in eine ungerechte Rollenverteilung, obwohl diverse Statistiken zeigen, dass Väter darum so viel arbeiten, weil Mütter lieber Kinder betreuen als Karriere zu machen. Genderexperte Lu Decurtins ist der Meinung, der Durchsetzung des Modells Teilzeitvater stünden veraltete Männerbilder im Weg. Diese liessen sich mit geeigneten Massnahmen, etwa Babysitting-Kursen für junge Männer, korrigieren. Eine Umfrage der Pendlerzeitung „20 Minuten“ zum Thema zeigt aber: Nur 18 Prozent der 2'300 Teilnehmer sehen sich als Anhänger der klassischen Rollenverteilung. 79 Prozent sind gegenüber Teilzeitvätern sehr aufgeschlossen. Die Offenheit, sich frei von Rollenmodellen zu organisieren, ist also gross. Die Vorliebe für das „traditionelle“ Modell entspricht wohl weniger gesellschaftlichen Stereotypen als vielmehr den Bedürfnissen von Männern und Frauen.

i 743 Übergriffe auf Christen in Flüchtlingsheimen

BERLIN (DEU). Die Anzahl religiös motivierter Übergriffe von Muslimen auf christliche Flüchtlinge in deutschen Asylunterkünften ist stark gestiegen. Dies zeigt ein aktueller Lagebericht der Menschenrechtsorganisation Open Doors und weiterer Hilfsorganisationen. Von 743 Betroffenen berichten 617 von mehrfachen Übergriffen, 314 von Todesdrohungen, 416 von Körperverletzungen und 44 von sexuellen Übergriffen. Mangelnde Hilfe seitens Wachdienste, Heimleitung sowie Behörden verschärfe nicht selten die Situation der Betroffenen. Viele der christlichen Flüchtlinge hätten Angst vor weiteren Schikanen und machten keine Angaben. Daher sei von einer wesentlich höheren Dunkelziffer an Taten auszugehen. Nur 17 Prozent der befragten Opfer haben Übergriffe bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Auch in der Schweiz sind laut der Beratungsstelle für Integrations- und Religionsfragen der Schweizerischen Evangelischen Allianz christliche Flüchtlinge in Asylunterkünften von Übergriffen betroffen. Open Doors appelliert mit dem Bericht bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr an Politik und Behörden, Schutz für christliche Flüchtlinge und andere religiöse Minderheiten in den Asylunterkünften zu gewährleisten.

i Aktiv werden in der Politik

ZÜRICH. Der Beobachter-Ratgeber „Aktiv werden in der Politik“ (Oktober 2016) informiert über das politische System der Schweiz und will gleichzeitig Bürger motivieren, in der Politik selbst mitanzupacken. Immer mehr Gemeinden hätten mit dem abnehmenden Engagement der Bevölkerung zu kämpfen. Wie Reto Lindegger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbands, im Ratgeber erklärt, sind vom Phänomen nur Städte ausgenommen, in denen Vollzeitämter gut bezahlt werden. Der Gemeindeverband, der den Ratgeber mit herausgegeben hat, möchte darum besonders Jüngere ansprechen: „Junge Gemeinderatsmitglieder sollen als Vorbilder andere motivieren, indem sie ihr Amt als Plus für den persönlichen Lebenslauf hervorheben, als eine Möglichkeit, zusätzliche Kompetenzen zu entwickeln.“ Dennoch stellt Lindegger klar: „Ein Milizamt verlangt eine gewisse Selbstlosigkeit“. Es gehe auch um Dienst am Bürger. Zudem drohe sonst, wie der Ratgeber deutlich macht, dem Schweizer Milizsystem als Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft das Aus.

i Aktion Weihnachtspäckli

WORB. 94'700 Päckli, 500 Sammelstellen, 30 Sattelschlepper, 7 Länder: Dies alles ist Aktion Weihnachtspäckli. Und auch dieses Jahr sollen wieder Zehntausende Menschen aus der Schweiz Bedürftige in Ost- und Südosteuropa mit einem Päckli beschenken. Neben dem wertvollen Inhalt bringen die Geschenke Freude und Hoffnung zu Kranken, Behinderten, Einsamen und Familien, die unter dem Existenzminimum leben. Die Päckli sind ein Zeichen der Solidarität und der praktischen, christlichen Nächstenliebe. Verantwortet wird die Weihnachtsaktion von den vier Hilfsorganisationen AVC, Christliche Ostmission, Hilfe für Mensch und Kirche (HMK) und Licht im Osten. Machen auch Sie mit! Abgegeben werden können die Päckli bis 26. November 2016 an 500 Sammelstellen in der Schweiz. Infos unter: www.weihnachtspackli.ch



i Haben Sie gewusst, ...



... dass Menschen aus der Schweiz Schokolade intensiver riechen als Menschen aus anderen Ländern? Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, welche in der amerikanischen Fachzeitschrift „Scientific Reports“ am 11. Oktober 2016 veröffentlicht wurde. Wissenschaftler der New York University haben mit Psychologen der Universität Genf 25 Schweizer und 25 Nicht-Schweizer Studenten der Uni Genf mit zwei Düften konfrontiert – dem von Schokolade und von süßem Popcorn, das keinen Bezug zur Schweizer Identität hat. Die Testpersonen mussten Dinge aufzählen, die sie mit der Schweiz assoziieren, sowie positive und negative Eigenschaften auflisten. Dann bekamen sie die beiden Gerüche zu gleichen Teilen gemischt vorgesetzt und sollten bewerten, ob der Geruch eher dem vom Popcorn oder dem von Schokolade ähnelt. Die Schweizer bewerteten den Schokoladenduft als intensiver als die anderen Teilnehmer, auch wenn beide Gruppen mit den Tests auf das Bewusstsein um die Schweizer Identität eingestellt waren. Den Geruch des Popcorns bewerteten sie hingegen gleich. Die Forscher schliessen daraus, dass sich die Zugehörigkeit zu einer Kultur auch auf das Geruchsempfinden auswirkt.

i Euthanasie auch für Altersmüde

DEN HAAG (NED). Die niederländische Regierung will die Möglichkeiten für aktive Sterbehilfe deutlich ausweiten und künftig auch altersmüden Menschen zugänglich machen. Das berichtet die katholische Zeitung „Die Tagespost“ vom 14. Oktober 2016. Der Regierungsplan wurde bereits von einer Mehrheit des Parlaments befürwortet. Bislang ist „Tötung auf Verlangen“ in den Niederlanden gestattet, wenn ein Patient „unheilbar krank“ ist und „unerträglich und aussichtslos leidet“. Auch in der Schweiz nimmt die Sterbehilfe markant zu. Im Jahr 2014 wurden 742 Fälle von assistiertem Suizid verzeichnet, meldet das Bundesamt für Statistik in seinem neuesten Suizidbericht. Das sind 26 Prozent mehr als 2013 und zweieinhalb Mal so viel wie 2009.

i Aufklärung – ein Kind des Islam?

ZÜRICH. In einem Beitrag vom 17. Oktober 2016 auf kath.ch behauptete der Direktor des Katholischen Medienzentrums Charles Martig, die Aufklärung sei nicht nur als Kind des Christentums, sondern auch des Islam zu verstehen. Die griechische Philosophie – und insbesondere die Werke von Aristoteles – seien „nur über islamische Philosophen wie Averroës“ nach Europa vermittelt worden. Folglich verdankten wir dem Islam wichtige Teile unseres Denkens. Die Geschichte erweist Martigs Wunschbild jedoch als falsch. Wie neuere Forschungen zeigen, wurde Aristoteles in Europa bereits im 12. Jahrhundert nicht nur aus dem Arabischen, sondern gleichzeitig aus dem griechischen Original ins Latein übersetzt. Die konstruktive Auseinandersetzung christlicher Theologen mit der griechischen Philosophie insgesamt reicht in Europa gar bis in vorislamische Zeiten zurück. Wie der französische Kulturphilosoph Rémi Brague zeigt, stimmt auch die Behauptung nicht, die Araber hätten das europäische Interesse an Aristoteles erst geweckt. Vielmehr führte dieses Interesse ab dem 11. Jahrhundert zur Suche nach den nicht verfügbaren aristotelischen Texten und zu deren Übersetzung. Nichtsdestotrotz lösten die Aristoteles-Kommentare des Muslims Averroës (12. Jh.) im Abendland ein bedeutendes, teils kontroverses Echo aus. Im arabischen Kulturraum hingegen blieb dieser wegen des Widerstands islamischer Theologen ohne grosse Wirkung. (Zu diversen Aufklärungsversuchen im Islam s. das aktuelle Infoblatt von Zukunft CH „Aufklärungsversuche im Islam“; Download unter: www.zukunft-ch.ch).





i Mogelpackung „Ehe für alle“

BERN. Prominente Verfechter der Homo-„Ehe“ raten davon ab, das umfassende Adoptionsrecht in die Vorlage der parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“ mit aufzunehmen, welche die Rechtskommission des Nationalrats in nächster Zeit ausarbeiten wird. „Das Risiko ist schlicht zu gross, dass wegen einer überfrachteten ‚Ehe für alle‘ die gesamte Vorlage an der bürgerlichen Mehrheit scheitert“, warnte etwa „Der Bund“ im Oktober 2016. SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt bläst im Interview mit dem Tagesanzeiger ins gleiche Horn: „Die Volladoption bereits aufs Tapet zu bringen, während die Diskussion über die ‚Ehe für alle‘ läuft, finde ich strategisch ungeschickt.“ Der Hintergrund der Debatte sind neuere Umfragen, die zeigen, dass eine Mehrheit zwar die „Ehe für alle“ befürwortet, die Volladoption für gleichgeschlechtliche Paare hingegen ablehnt. Was die Strategen der „Ehe für alle“ gezielt verschweigen: Wenn die Schweiz die Homo-„Ehe“ anerkennt, dann liegt die Frage der Volladoption anschliessend gar nicht mehr beim Souverän. Diese könnte dann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erzwungen werden. CVP-Präsident Christophe Darbellay nannte im März 2015 in einem Schreiben an Zukunft CH diesen Zusammenhang als einen Hauptgrund, wieso sich seine Partei für die Ehe als Verbindung von Mann und Frau einsetzt.

☞ Zahl des Monats

51'068

unbegleitete minderjährige Flüchtlinge halten sich derzeit in Deutschland auf.

Quelle: Deutsche Bundesregierung



i Tag der Kinderrechte

NEW YORK (USA). Am 20. November 2016 begehen die Vereinten Nationen den Tag der Rechte des Kindes. Es ist der 27. Jahrestag der 1989 verabschiedeten UN-Kinderrechtskonvention, der auch die Schweiz seit 1997 angehört. Trotz dieser weltweiten Allianz für Kinderrecht werden an vielen Orten der Welt und in verschiedenen Bereichen die Rechte von Kindern nach wie vor mit Füßen getreten, auch in der Schweiz. So werden nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation weltweit jährlich 42 Millionen ungeborene Kinder abgetrieben (Schweiz: 10'000 bis 11'000 laut BFS). Ferner werden nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation weltweit 168 Millionen Kinder durch Kinderarbeit ausgebeutet, 3'000 Kinder geraten täglich laut Schätzung des UN-Kinderhilfswerks UNICEF in die Fänge von Menschenhändlern. Und wie die Optimus-Studie von 2012 zeigt: In der Schweiz ist jeder siebte Jugendliche schon einmal zum Sexualverkehr gezwungen oder gegen seinen Willen intim berührt worden.

📄 Zitiert

Wenn wir soziale Reformen wollen, müssen wir evangelisieren. Die Predigt des Kreuzes und der Auferstehung trug in den letzten 400 Jahren die Hauptverantwortung für die Förderung des humanitären Gedankens und für das soziale Anliegen. Gefängnisreformen, Verbot des Sklavenhandels, Abschaffung der Sklaverei, der Feldzug für Menschenwürde, der Kampf gegen Ausbeutung – all diese Dinge sind die Folge grosser religiöser Erweckungen und der Bekehrung von Einzelpersonen. Die Predigt des Kreuzes könnte mehr für das Zustandekommen sozialer Reformen tun als jede andere Methode.

Billy Graham, in: Hanspeter Nüesch „Ruth und Billy Graham. Das Vermächtnis eines Ehepaares“, SCM Hänssler, Holzgerlingen, 2013

i Denkfehler Willkommenskultur?

BERLIN (DEU). Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, redet in seinem neuen Buch „Deutschland in Gefahr“ (Oktober 2016) Klartext über die „Willkommenskultur“ in Deutschland: „Mindestens eine Million Menschen sollen in unsere Gesellschaft integriert werden. Und dazu müssen wir unsere Willkommenskultur pflegen, tolerant, weltoffen und geduldig sein – sagt unsere Regierung.“ Wendt zufolge liegt in dieser Aufgabenstellung ein doppelter Denkfehler: Der erste ist die angebliche Willkommenskultur in Deutschland, die es gar nicht gibt. „Wenn ich jemanden willkommen heissen will, ist das eine persönliche, eine individuelle Entscheidung, nicht Ausdruck irgendeiner kulturellen Identität. Ich suche mir selbst aus, wen ich willkommen heisse und wen nicht, das geht nicht im Kollektiv.“ Ansonsten übersehe man grosse Teile des Volkes, was nur schiefgehen könne. Der zweite Denkfehler ist laut Wendt die Formulierung einer Aufgabe für das Volk: „Denn nicht die Regierung vergibt die Aufgaben, sondern das Volk selbst. Diese Aufgaben stehen dann im Gesetz und das bindet die Regierung.“ Zum Beispiel, dass die nationalen Grenzen zu sichern und illegale Migration nach Deutschland zu verhindern sei. Die Regierung aber habe, so Wendt, genau das Gegenteil gemacht. Deshalb sei der Friede in Deutschland in Gefahr.



Herausgeber: Zukunft CH ist eine Stiftung mit Sitz in Engelberg, die sich für zukunfts-tragende Werte, eine Aufwertung der Familie und gegen die Einführung der Scharia einsetzt.

Präsident: Pfr. Hansjürg Stüchelberger

Geschäfts-/Redaktionsleitung: Beatrice Gall

Redaktion Infodienst: Mounir Hikmat, Dominik Lusser

Anschrift: Zürcherstrasse 123, 8406 Winterthur, Telefon: 052 268 65 00 www.zukunft-ch.ch

Satz & Gestaltung: Cicero Studio AG, Berneck

Druck: Jordi AG, Belp

Auflage: 2'000

Erscheinungsweise: 12 x jährlich

Spendenkonto: Postkonto 85-465565-8, Spenden an Zukunft CH sind in allen Kantonen von den Steuern abzugs-berechtigt.

Bildquellen: Fotolia.com/Jean Pierre, Zukunft CH, Aktion Weihnachtspäck-li, Shutterstock.com/Orlok, Ines Behrens-kunkel, Monkey Business Images

i Schiiten-Demo in Wien

WIEN (AUS). Am 9. Oktober 2016 demonstrierten zahlreiche schiitische Muslime in der Wiener Innenstadt „zu Ehren“ des Märtyrers Imam Hussein. Der Enkel Moham-meds gilt als eine zentrale Figur im schiitischen Glauben. Er wurde am 10. Oktober 680 in der um das Kalifat geführten Schlacht von Kerbela (im Irak) getötet. Fotos und Videos des Marsches zeigen islamische Prediger und Geistliche sowie zahlreiche in schwarz gekleidete, verschleierte Frauen. Auf den Plakaten und Bannern der Teilneh-mer war u.a. zu lesen: „Friedensmarsch in Gedenken an den Märtyrer Imam Hussein“. Schiiten glauben an Hussein als Nachfahre Mohammeds und dritter Imam. Seit der Trennung der beiden islamischen Glaubensrichtungen (Schiiten und Sunniten) mit der Schlacht von Kerbela im Jahr 680 n.Chr. sind diese bis heute verfeindet und be-kämpfen sich immer wieder auf brutale Art und Weise. Die Mehrheit der Muslime weltweit gehört heute der sunnitischen Strömung des Islam an.



Kommentar

Muslime demonstrieren friedlich in Wien und gedenken dem Tod eines wichtigen Imams in der isla-mischen Geschichte (s. Meldung oben). Auf den ersten Blick klingt diese Information relativ harmlos. Strategisch gesehen ist das aber ein neues und gefährliches Phänomen in Europa. Die Sunniten und Schiiten stellen die zwei grössten Gruppierungen im Islam dar. Der aktuelle Krieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak hat eine lange Vorgeschichte. Diese Spaltung der Muslime begann im siebten Jahrhundert mit einer Auseinandersetzung um die Nachfolge Mohammeds, denn der schiitische Islam

akzeptiert nur einen direkten Nachkommen. Für die Schiiten markiert die damalige Schlacht in Kerbela einen schmerzli-chen Höhepunkt im Ringen mit den Sunniten um die Führungsrolle im Islam. Der Tod von Imam Hussein, um den es bei besagter Demo in Wien ging, besiegelte die endgültige Trennung zwischen Schiiten und Sunniten.

Heute geht es bei den Schiiten jedoch nicht nur um Imam Hussein, sondern um das Kalifat und das Kommen des „Mahdis“. Auf Arabisch bedeutet al-Mahdi „der Geleitete“. Das Kommen des Mahdi ist das zentrale Element aller islami-schen Endzeiterzählungen. Von dieser Figur wird geglaubt, dass er ein zukünftiger muslimischer Weltführer sein wird, der nicht nur über die islamische Welt herrschen wird, sondern auch über die nichtislamische. Der Mahdi soll eine Welt-revolution anführen, die eine neue islamische Weltordnung einführt.

Zudem leben laut Recherchen von Zukunft CH viele Anhänger der extremistischen schiitischen Gruppe „Ansar Imam Mahdi“ in Europa, die behauptet, der Mahdi sei schon gekommen und er lebe im Irak. Sie haben mehrmals in Deutsch-land Demos organisiert und es sogar geschafft, ihre Literatur auf der Buchmesse in Frankfurt zu präsentieren. Es geht bei dieser Gruppe darum, die Herrschaft Allahs anzuerkennen (Scharia) und die Herrschaft des Volkes abzulehnen (Demo-kratie). Einige ihrer Anhänger leben auch in der Schweiz. Schiitische Demos in Europa provozieren Sunniten und könn-ten das Chaos, das im Irak aufgrund der Streitereien zwischen schiitischer Regierung und sunnitischen Parteien herrscht, bei uns in Europa weiterführen. Durch die Flüchtlingskrisen haben wir bereits die Christenverfolgung (s. Meldung S. 1) und Dschihad-Kämpfer importiert. Jetzt sind wir dabei, das Chaos zwischen Sunniten und Schiiten nach dem irakischen Model zu importieren. Dies hat in Europa nichts zu suchen. Der deutsche Bundesinnenminister Thomas de Maiziè-re sagte kürzlich: „Wir haben die Bedeutung von Religion unterschätzt.“ Es ist Zeit zu handeln.

Ihr M. Hikmat

Der Infodienst ist ein Service von Zukunft CH, der monatlich erscheint. Auf Wunsch kann der Infodienst auch als Online-Version zugeschickt werden. Gegen eine Spende von 20 Fr./Jahr können Sie den Infodienst abonnieren (Print- oder Onlineversion) unter:

Zukunft CH
Zürcherstrasse 123, 8406 Winterthur

E-Mail: info@zukunft-ch.ch
Telefon: 052 268 65 00

Besuchen Sie uns im Internet:
www.zukunft-ch.ch

Spendenkonto: Postkonto 85-465565-8